

4

72-2.05.91

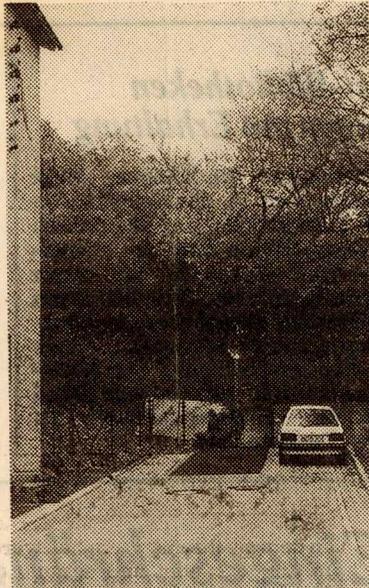
# Parkplatznot mahnt nun zur Eile

Nackenheimer Rat verwies Thema in den Ausschuß / Auftrag für Fußweg vergeben

m. NACKENHEIM — In den sieben Straßen des Wohngebietes „Rudelheck“ wird die Parkraumnot immer größer. Dies erklärte Bürgermeister Günter Ollig in der jüngsten Ratssitzung. Nach einer Verkehrsschau im März, habe die Gemeinde gemeinsam mit dem Ordnungsamt der VG Überlegungen angestellt, wie die Situation verbessert werden könne. Eine Möglichkeit wäre entlang der steil nach oben führenden Sankt-Gereon-Straße Parkbuchten in Schrägstellung zu schaffen. Hierzu müsse der nördliche Bürgersteig und 50 Zentimeter der Böschung beansprucht werden. Für die Wasserführung würden Halbschalen erforderlich. Bei einer Straßenlänge von 290 Metern könnten so 100 Parkplätze mit einem Kostenaufwand von rund 100 000 Mark entstehen. Die Umlage der Kosten auf die Anlieger sei allerdings nicht möglich.

Von einer katastrophalen Lage sprach Bardo Kraus (CDU). Die Wegnahme des Bürgersteiges sei allerdings problematisch, weil der gegenüberliegende durch die Zufahrtstraßen ständig unterbrochen werde und dies zum Nachteil für die Fußgänger führe. Fachleute sollten hinzugezogen werden, um eine Umlegung des hohen Kostenaufwandes zu prüfen.

In diesem Gebiet sei einiges schief gelaufen, bemerkte Günter Zerbe



Hier soll der Verbindungsweg zwischen Autal- und Otto-Hinsberg-Straße entstehen. Er erspart den „Rudelheck“-Bewohnern 800 Meter Fußweg. Bild: Anne Küssner

(FWG). Er warnte vor der Verärgerung bei den Bürgern, die ordnungsgemäß Stellplätze gebaut hätten und nun doch mit bezahlen müßten. Die im „Rudelheck“ gingen indes leer

aus. Bei zwei Stimmenthaltungen folgte der Rat dem Vorschlag von Bardo Kraus (CDU), die Problematik noch einmal in den Ausschüssen zu beraten.

Nach den Ausschreibungen für den Verbindungsweg zwischen der Autalstraße sowie der Otto-Hinsberg-Straße vergaben die Ortsparlamentarier bei drei Enthaltungen den Auftrag an eine Mainzer Firma mit einer Bausumme von 67 136 Mark. Für die Bewohner des großen Wohngebietes „Rudelheck“ bringe diese Verbindung eine Abkürzung von rund 800 Metern. Die drei Stimmenthaltungen kamen zustande, weil die Firma keinen Termin für den Baubeginn nennen wollte, der Rat aber verpflichtet ist, dem Billigstgebot zu folgen.

Zu einem „Schlagabtausch“ zwischen der SPD- sowie der CDU-Fraktion kam es zu Beginn der Sitzung. Patrick Nücken (SPD) stellte den Antrag, die Sitzungsgelder des Abends den flüchtenden Kurden zur Verfügung zu stellen. Alfred Hoffmann (CDU) bezeichnete den Antrag als „vermessend“ und „Schaumschlägerei“. Zudem verbiete die Hauptsatzung diese Abstimmung. Nücken (SPD) verwahrte sich gegen die Vorwürfe Hoffmanns und zog seinen Antrag zurück.